



Working Paper



# Wahlprogramme als Quellen für die Politikfeldinteressen deutscher Landtagsparteien

Franz Urban Pappi, Nicole Michaela  
Seher, Anna-Sophie Kurella

Franz Urban Pappi  
Nicole Michaela Seher  
Anna-Sophie Kurella

# Wahlprogramme als Quellen für die Politikfeldinteressen deutscher Landtagsparteien

Arbeitspapiere – Working Papers  
Nr. 149, 2013

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

**Pappi, Franz Urban:**

Wahlprogramme als Quellen für die Politikfeldinteressen deutscher Landtagsparteien / Franz Urban Pappi; Nicole Michaela Seher; Anna-Sophie Kurella. – Mannheim: 2013  
(Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung; 149)  
ISSN 1437-8574

Not available in book shops.

Token fee: € 3,00

Purchase: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)

D – 68131 Mannheim

[www.mzes.uni-mannheim.de](http://www.mzes.uni-mannheim.de)

**Editorial Note:**

**Prof. Dr. Dr. h. c. Franz Urban Pappi** arbeitet als Emeritus im Arbeitsbereich B des MZES. Er ist Leiter des DFG-geförderten Projekts „Regierungsbildung als optimale Kombination von Ämter- und Policy-Motivation der Parteien“ und bearbeitet außerdem das Thema „Stimmenwettbewerb in den Politikräumen des deutschen Parteiensystems seit 1980“.

**Nicole Michaela Seher** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am MZES und arbeitet im Projekt „Regierungsbildung als optimale Kombination von Ämter- und Policy-Motivation der Parteien“. Ihre Forschungsinteressen sind Parteien und Koalitionstheorien.

**Anna-Sophie Kurella** ist Promotionsstudentin am Center for Doctoral Studies in Social and Behavioral Sciences (CDSS) an der Universität Mannheim. Ihre Forschungsinteressen sind Parteienwettbewerb und Wählerverhalten.

Wir bedanken uns bei Eric Linhart, Susumu Shikano, Jan van Deth und zwei anonymen Gutachtern der PVS für kritische Kommentare. Letztere regten die hier vorgelegte Umarbeitung des Aufsatzes an. Wir danken außerdem der DFG und dem MZES für die Unterstützung unseres Forschungsprojekts „Regierungsbildung als optimale Kombination von Ämter- und Policy- Motivation der Parteien“.

## Zusammenfassung

Wahlprogramme werden in der Politikwissenschaft häufig als Datenquelle für Politikpositionen und Politikfeldinteressen der Parteien verwendet. Wir stellen in diesem Aufsatz eine neue inhaltsanalytische Methode vor, mit der man zuverlässige und für Teilbereiche gültige Messwerte für die Politikfeldinteressen der Landtagsparteien effizient ermitteln kann. Neben der Erläuterung der Vorgehensweise wird die Methode auf die Landtagswahlprogramme der deutschen Parteien im Zeitraum von 1975 bis 2010 angewendet. Die so ermittelten Politikfeldinteressen der deutschen Landtagsparteien werden in diesem Aufsatz vorgestellt und hinsichtlich ihrer Reliabilität und Validität untersucht. Die Reliabilität wie auch die inhaltliche und prädiktive Validität unserer Methode erweisen sich als gut. Bei der Überprüfung der konvergenten Validität zeigt sich hingegen als Besonderheit von Wahlprogrammen als Quelle für Politikfeldinteressen, dass die so gewonnenen Politikfeldinteressen, die Ministeriumsverteilung nur schwach voraussagen können. Neben ihrer Effizienz besteht ein weiterer Vorteil unserer Vorgehensweise darin, dass Wahlprogramme in zusammenhängende politikfeldspezifische Texte zerlegt werden, die als Basis für weitere inhaltsanalytische Verfahren, beispielsweise zur Bestimmung politischer Positionen mit *Wordfish*, verwendet werden können.

---

## Inhalt

---

1. Wahlprogramme als vielfach verwendbare Quelle für sozialwissenschaftliche Fragestellungen	7
2. Politikfeldaussagen in Wahlprogrammen	9
3. Ergebnisse mit Reliabilitäts- und erster Validitäts-Prüfung	13
4. Kriteriumsvalidität: Übereinstimmung und Voraussage	17
4.1 Konvergente Validität	17
4.2 Prädiktive Validität	19
5. Schlussfolgerungen	22
6. Referenzen	23

## 1. Wahlprogramme als vielfach verwendbare Quelle für sozialwissenschaftliche Fragestellungen

Die Wahlprogramme der Parteien sind eine wertvolle Quelle für viele sozialwissenschaftliche Fragestellungen. Die Parteien informieren damit über ihre politischen Ziele und Politikvorschläge zur Lösung anstehender Probleme für die nächste Legislaturperiode. Der offizielle Adressat dieser Information ist die Wählerschaft. Die Parteien können damit aber auch Signale an mögliche Koalitionspartner senden oder sich gegenüber ihren Mitgliedern oder auch Geldgebern auf bestimmte Politiken verpflichten. Die Adressaten wissen ihrerseits, dass sich die Parteien als Ganzes, d.h. als korporative Akteure, mit von Parteigremien beschlossenen Wahlprogrammen zumindest im Umfeld der bevorstehenden Wahl festlegen. Wertvoll sind diese Quellen, weil sie über längere Zeit unter gleichen Umständen zustande kommen und so Aufschluss liefern können über Stabilität und Wandel der Parteiziele, das Verhältnis zu anderen Parteien, die Durchsetzungskraft einzelner Parteiflügel, die besonderen Zielgruppen der Parteiwerbung usw.

Die möglichen Fragestellungen, die sich mit Wahlprogrammen als Datenquelle untersuchen lassen, sind nicht erschöpfend aufzuzählen. So finden sich in der Literatur auch Beispiele für die Auswertung der Wahlprogramme zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Zeitraum von 1844 bis 1964 mit der Frage nach Trends des Wertewandels der amerikanischen Gesellschaft (Namenwirth und Weber 1987). Die Autoren begründen die Wahl ihrer Quellen damit, dass sich das Zwei-Parteien-System in diesem Zeitraum in allen Einzelstaaten weitgehend durchgesetzt hatte, so dass man von einem nationalen Wählermarkt ausgehen kann. „The planks therefore contain the platform committee’s best guesses about policies that will maximize the party’s appeal to the electorate, and, to survive, parties must guess their voters’ preferences correctly more often than not. Consequently, the content of party platforms is especially suitable for the study of concerns of the entire society“ (Namenwirth und Weber 1987, 59-60).

Ähnlich wird auch in der Agenda-Forschung argumentiert, wenn auf Wahlprogramme als Quelle zur Erfassung der Themen auf der öffentlichen Agenda eines Landes zurückgegriffen wird. Im internationalen Comparative Policy Agendas Project (Baumgartner et al. 2011) geht es hingegen primär um die Regierungsentwicklungsagenda, deren Hauptthemen in allen beteiligten Ländern anhand der verabschiedeten Gesetze als Quellen identifiziert werden. In einzelnen Ländern greifen die Forscher zusätzlich auf Wahlprogramme zurück, denen allerdings nur eine schwache Erklärungskraft für die Regierungsentwicklungsagenda während laufender Legislaturperioden zugeschrieben wird, da die Regierung auch auf Ereignisse reagieren muss, die in Wahlprogrammen und Koalitionsvereinbarungen nicht vorherzusehen waren, oder die Lösung eines Problems zu Widersprüchen mit den Lösungen anderer Probleme führen kann, ohne dass dies schon in den Wahlprogrammen thematisiert worden wäre (Baumgartner et al. 2011, 954).

Am nächstliegenden ist es, das Wahlprogramm einer Partei direkt als Quelle über die politischen Vorstellungen dieser Partei zu verwenden. Dies entspricht auch der vorherrschenden Auswertung dieser Quellen in der Politikwissenschaft. Dabei unterscheiden sich die einzelnen Forschungsrichtungen danach, welche Aspekte der politischen Vorstellungen der Parteien interessieren und daraus folgend was über welche Parteieigenschaften inferiert werden soll. Am bekanntesten ist die Verschlüsselung von Wahlprogrammen durch die Manifesto Research Group (Budge et al. 1987) und in Fortsetzung dieser Arbeiten durch das Comparative Manifesto Project (Budge et al. 2001; Klingemann et al. 2006). Das Vercodungsschema dieser Gruppe geht in der ersten Version auf Robertson (1976) zurück, der damit die Grunddimensionen des Parteienwettbewerbs in Großbritannien zu identifizieren beabsichtigte. Diese Grunddimensionen sollten zeitlich invariant sein, so dass sich der Parteienwettbewerb als Bewegung der Parteien in einem fixen Raum beschreiben lässt. Dementsprechend war das Kategorienschema so zu konstruieren, dass es aus „Issuetypen“ und „ideologischen Symbolen“ oberhalb der Tagespolitik bestand und nicht aus den

konkreten Themen einzelner Wahlkämpfe oder aus „full-blooded ideological statements“, die dem pragmatischen Charakter der Parteipolitik nicht gerecht würden (Robertson 1976, 72-75). In der später verwendeten Version besteht das Klassifikationsschema (CMP-Schema) aus 56 Kategorien, in die die einzelnen Aussagen aus den Wahlprogrammen in Form von Sätzen oder Teilen längerer Sätze eingeordnet werden. Je häufiger Aussagen in eine Kategorie eingeordnet werden, desto stärker hebt die betreffende Partei dieses Thema hervor und bekundet mit dieser Hervorhebung die Salienz dieses Themas für die Parteiprogrammatik. Nach Robertson (1976) und Budge et al. (1987) führen Parteien Wahlkampf durch die Hervorhebung unkontroverser Themen, für die ihnen Kompetenz zugeschrieben wird, und vermeiden direkte inhaltliche Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern im Kampf um die beste Politik. Durch Zusammenfassung geeigneter Kategorien lassen sich die aufsummierten Häufigkeiten unschwer als Salienzen oder Interessen der einzelnen Parteien für die jeweiligen Oberkategorien, z.B. Politikfelder, interpretieren.

Diesen Weg sind Bäck et al. (2011) gegangen. Die Autoren prüfen die Hypothese, dass in Koalitionen diejenige Partei ein Ministerium erhält, die in ihrem Wahlprogramm das entsprechende Aufgabengebiet am stärksten betont hat, und messen diese Hervorhebung mit der Häufigkeit der entsprechenden Kategorien. Dazu müssen erstens die Ministerien der in die Untersuchung einbezogenen westeuropäischen Länder in eine gemeinsame Politikfeldklassifikation eingeordnet werden, um dann zweitens die Kategorien des CMP-Schemas diesen Politikfeldern zuzuordnen. Angesichts der ursprünglichen Forschungsfrage von Robertson (1976) und Budge (2001) überrascht es nicht, dass diese Aufgabe schwieriger ist als die Zusammenstellung von Salienzskalen nur für eine Auswahl von Politikfeldern (Klingemann et al. 1994, 40) oder für ausgewählte ideologische Dimensionen (Lowe et al. 2011). So können Bäck et al. (2011) z.B. das Interesse für das Politikfeld „Finanzen“ nur mit den zwei Kategorien „Anreize für ökonomische Tätigkeit“ und „ökonomischer Konservatismus“ erfassen, wogegen für das Politikfeld „Wirtschaft“ insgesamt 12 Kategorien einschlägig sind. Derartige Ungleichgewichte bei der Zahl der Kategorien pro Politikfeld sollten sich insbesondere dann auf die Messung der Salienzen auswirken, wenn die Kategorien das jeweilige Politikfeld nur indirekt umschreiben. Trotzdem können die Autoren ihre Hypothese bestätigen. Darauf wird bei der Besprechung der Prognosegültigkeit zurückzukommen sein.

Möchte man Fragen nach Koalitionsbildung und Parteienwettbewerb auf subnationaler Ebene beantworten, müssen die entsprechenden Informationen auch für diese Ebene vorliegen. Eine Übertragung der auf Basis der nationalen Wahlprogramme erhobenen Salienzen bzw. Politikinhalte scheidet aus, da Bundesländer und Bundesebene in Deutschland für unterschiedliche Politikbereiche zuständig sind und folglich auch unterschiedliche Themen Gegenstand der politischen Auseinandersetzung und damit auch der Wahlprogramme sind. Für die Wahlprogramme deutscher Landtagsparteien liegt eine Verschlüsselung nach dem CMP-Schema allerdings nicht vor. Allein zur Erfassung der Politikfeldinteressen wäre eine Neuverschlüsselung nach diesem Schema viel zu aufwändig. Auch wenn man zusätzlich noch die Positionen der Landtagsparteien in den einzelnen Politikfeldern aus den CMP-Codes ableiten wollte, wäre der hohe Aufwand einer traditionellen Verschlüsselung schwer zu rechtfertigen. Angesichts der heutzutage verfügbaren Alternativen computer-unterstützter Inhaltanalysen muss man trotzdem nicht auf Untersuchungen des Parteienwettbewerbs (vgl. z.B. Bräuninger und Debus 2012) oder der Koalitionsbildung (vgl. Shikano und Seibert 2011) in den deutschen Bundesländern verzichten, die auf quantitative Angaben über die Parteipositionen in und die Parteiinteressen an einzelnen Politikfeldern angewiesen sind.

Bräuninger und Debus (2012, 45-52) haben die Positionen und Salienzen für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der deutschen Landtagsparteien auf Basis ihrer Wahlprogramme geschätzt. Sie bedienten sich dazu des computergestützten Inhaltsanalyseverfahrens *Wordscore* (Laver et al. 2003; Lowe 2008). Die Salienzen der Landtagsparteien für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik waren aus der Sekundärliteratur nicht bekannt. Auf dieser Basis konnte also nicht einmal die einfache Frage, ob z.B. die FDP bei der letzten Landtagswahl in Sachsen die Wirtschaftspolitik höher bewertete als die sächsische CDU, be-

antwortet werden. Was aus Expertenbefragungen bekannt war (z.B. Benoit und Laver 2006), waren die Salienzen der fünf Bundestagsparteien. Bräuninger und Debus (2012) zogen deren Wahlprogramme als Referenztexte zur Wortskalierung heran, um von da auf die unbekanntes Salienzen der Landtagsparteien zu schließen.<sup>1</sup> Shikano und Seibert (2011) greifen hingegen auf eine andere Datenquelle für die Politikfeldpositionen der Landtagsparteien zurück, die von Seher und Pappi (2011) bereitgestellt wurde. Wie man mit dieser Methode zuverlässige und gültige Messwerte für die Politikfeldinteressen der Landtagsparteien und nicht nur für ihre Politikfeldpositionen gewinnen kann, wird im Folgenden erläutert.

Nach der Vorstellung der Methode im nächsten Abschnitt werden in Abschnitt 3 die Ergebnisse der Inhaltsanalyse für die einzelnen Landtagsparteien zusammen mit der Reliabilität der Vercodung und einer Prüfung der inhaltlichen Validität beschrieben. Daran anschließend wird in Abschnitt 4 die konvergente und die prädiktive Validität geprüft, erstere durch Vergleich mit Befragungsergebnissen und letztere durch die Voraussagekraft der aus Wahlprogrammen erschlossenen Politikinteressen für die Ministeriumsbesetzung in Koalitionsregierungen. Nach der Untersuchung von Bäck et al. (2011) sollte hier ein, wenn auch schwacher, Einfluss feststellbar sei.

## 2. Politikfeldaussagen in Wahlprogrammen

Politik ist arbeitsteilig organisiert. Wer Koalitionsverhandlungen oder Schwerpunkte der Gesetzgebung mit den Politikpräferenzen der Koalitions- oder der späteren Regierungsparteien erklären will, kann sich nicht mit den Positionen der Parteien auf sehr allgemeinen ideologischen Skalen wie links-rechts oder konservativ-progressiv zufrieden geben. So muss man bei der Anwendung der Vetospieler-Theorie (Tsebelis 2002) auf die Gesetzgebung in parlamentarischen Systemen die Präferenzen der Vetospieler möglichst für die einzelnen Politikfelder kennen und nicht nur für wenige ideologische Dimensionen, die obendrein oft noch als zeitinvariant angenommen werden. „...existing methods based on party manifestos ... inadequately consider the legislative context and dynamic nature of preferences on multiple policy dimensions“ (König et al. 2010, 70). Wer die Rolle der Vetospieler in der Gesetzgebung untersuchen will, muss deren Politikfeld bezogenen Präferenzen deshalb aus den Wahlprogrammen ableiten. König et al. (2010) identifizieren in den Gesetzesvorschlägen legislative Schlüsselwörter, mit denen in den Wahlprogrammen die Sätze gefunden werden, die diese Schlüsselwörter enthalten. Da die Gesetzesvorschläge den Geschäftsbereichen der einzelnen Ministerien zugeordnet werden können, ist damit gleichzeitig eine Aufteilung der Aussagen in den Wahlprogrammen nach Politikfeldern erreicht. Die Autoren behandeln allerdings ausschließlich die Bundesebene in Deutschland und profitieren deshalb von der relativen Stabilität der Aufgabenverteilung zwischen den Bundesministerien.

Die Ministerien der heute 16 und vor 1990 11 Bundesländer sind nicht so leicht in eine gemeinsame Ministeriumsklassifikation einzureihen. Die erste Aufgabe einer Messung der Politikfeldinteressen besteht demnach in der Entwicklung eines Klassifikationsschemas, das den unterschiedlichen Ministeriumszuschnitten der einzelnen Bundesländer gerecht wird. Erst dann können die Texteinheiten für die Inhaltsanalyse festgelegt und den Kategorien der Politikfeldklassifikation zugeordnet werden.

Die Frage der Angemessenheit eines Klassifikationssystems ist im Hinblick auf die jeweilige Forschungsfrage zu beurteilen. Wie sich bei König et al. (2010) das Vorgehen aus der Forschungsfrage nach dem Einfluss der Vetospieler auf die Gesetzgebung ableitet, geht es hier um die Forschungsfrage der Einigung auf ein Koalitionsprogramm in Koalitionsverhandlungen. Eine Einigung ist umso wahrscheinlicher, je mehr

1 Vgl. zum Vorgehen im Einzelnen Bräuninger und Debus 201, S. 41-45.



die Parteien in ihren Zielen übereinstimmen und je leichter sie bei Nicht-Übereinstimmung Politikkompromisse finden können. Die Übereinstimmung in den Zielen kann man mit der Politikdistanz der Parteien auf politikfeldspezifischen Policy-Skalen erfassen. Deren Messung setzt die Aufteilung des Textes von Wahlprogrammen nach den einzelnen Politikfeldern voraus, die Skalierung selbst steht hier aber nicht zur Debatte (vgl. aber Pappi et al. 2009). Die Kompromissfindung wird erleichtert, wenn eine Partei in einem Politikfeld nachgeben soll, das sie weniger interessiert, und dafür auf ein Nachgeben des Partners in einem anderen Bereich zählen kann, der sie stärker interessiert. Auf die Möglichkeit solcher Tauschgeschäfte in Koalitionsverhandlungen haben bereits Budge und Keman (1990, 90) hingewiesen. Das Tauschpotential zwischen Koalitionspartnern kann empirisch nur überprüft werden, wenn man sowohl Daten über die Policy-Positionen der Parteien hat als auch das relative Interesse der Parteien an den einzelnen Politikfeldern, also ihre Politikfeldinteressen, kennt. Zusätzlich sind letztere relevant, wenn man die Ministeriumsverteilung in Koalitionsregierungen erklären will (vgl. Bäck et al. 2011). Es ist daher für die Koalitionsforschung lohnend, ein zuverlässiges und gültiges Maß für die Politikfeldinteressen der Parteien zu entwickeln. Genau das ist das Ziel dieses Aufsatzes.

Koalitionsverhandlungen finden normalerweise unmittelbar nach Wahlen statt, die von den Parteien mit der Ankündigung ihrer Ziele für die nächste Legislaturperiode in ihren Wahlprogrammen vorbereitet wurden. Als eine wichtige Zielgruppe eines Wahlprogramms interessieren hier die möglichen Koalitionspartner einer Partei.<sup>2</sup> Da Koalitionsprogramme von den einzelnen Ministern einer Regierung umgesetzt werden müssen, werden die Verhandler die im normalen Geschäftsverteilungsplan von Regierungen zum Ausdruck kommende Arbeitsteilung berücksichtigen. Das schließt nicht aus, dass auch über den Geschäftsverteilungsplan selbst verhandelt wird, was in dem einen oder anderen Fall zu Abweichungen vom hergebrachten Ministeriumszuschnitt führen kann. Da hier aber eine gemeinsame Analyse für alle Bundesländer durchgeführt werden soll, kann nicht auf derartige Einzelheiten eingegangen werden, sondern es muss eine Klassifikation entwickelt werden, die auf alle Bundesländer und den gesamten Untersuchungszeitraum anwendbar ist. Letzterer umfasst den langen Zeitraum von 1975 bis 2010, um die Veränderungen des deutschen Parteiensystems auf Bundesebene vom Dreiparteiensystem der 1970er Jahre über das Vierparteiensystem der 1980er Jahre bis zum Fünfparteiensystem seit der Wiedervereinigung abdecken zu können.

Hier kann auf die Vorarbeiten von Pappi et al. (2008) zurückgegriffen werden, die den Untersuchungszeitraum sogar bis auf die ersten Landesregierungen unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg ausgedehnt haben. Die Autoren untersuchen die Ministeriumsverteilung in den deutschen Landesregierungen und stehen damit ebenfalls vor dem Problem, eine gemeinsame Klassifikation entwickeln zu müssen, um die Länder vergleichen zu können. Für die Klassifikation sind insbesondere die Ministerien problematisch, die in verschiedenen Kombinationen mehrere Geschäftsbereiche im Titel führen. So kommen in ihrem Untersuchungszeitraum von 1946 bis 2005 83 Geschäftsbereiche in Ministeriumsbezeichnungen vor, die aber zu insgesamt 282 verschiedenen Ministeriumsnamen führen. Um von 83 Geschäftsbereichen auf eine kleine Zahl von Politikfeldern als allgemeinen Ministeriumstypen zu kommen, wird das gemeinsame Vorkommen von zwei Geschäftsbereichen in einem Ministeriumsnamen als Nähemaß definiert und mit der Maßgabe einer minimalen Überschneidung zwischen den Politikfeldern die folgende Klassifikation abgeleitet. Die Politikfelder, hier als Begriff für allgemeine Ministeriumstypen verwendet, sind nach zunehmenden Überschneidungen mit den anderen Kategorien geordnet:<sup>3</sup>

---

2 Der Ministerpräsident einer Partei, die lange mit absoluter Mehrheit regiert hat, teilte in einem persönlichen Gespräch mit, man habe, nachdem die Mehrheit verloren gegangen sei, zunächst die Wahlprogramme der anderen Parteien gelesen, um sich einen möglichen Partner für Koalitionsgespräche auszusuchen.

3 Berechnet aus Tabelle 1 von Pappi et al. (2008: 330). Die für die unmittelbare Nachkriegszeit typischen Politikfelder Aufbau, Wiederaufbau und Kriegsfolgen wurden weggelassen, ebenfalls die Außen- und Sicherheitspolitik, zu der sich die Landtagsparteien kaum äußern.

1. Finanzen
2. Inneres
3. Justiz
4. Kultus
5. Bund und Europa
6. Wirtschaft und Verkehr
7. Arbeit und Soziales
8. Landwirtschaft
9. Bau
10. Umwelt und Landesplanung

Die ersten vier Politikfelder entsprechen klassischen Länderministerien seit dem 19. Jahrhundert, während Wirtschaft/Verkehr, Arbeit/Soziales und Landwirtschaft erst mit der Ausweitung der Staatstätigkeit zu Beginn des 20. Jahrhunderts hinzugekommen sind. Umwelt kommt auf Länderebene als relativ neues Politikfeld häufig in Verbindung mit Landesplanung vor und wird sehr häufig mit Landwirtschaft zusammengefasst. Insgesamt finden sich in dieser empirisch gewonnenen Klassifikation die Politikfelder wieder, die auch in Büchern zur Landespolitik standardmäßig behandelt werden (vgl. z.B. Hildebrandt und Wolf 2008). Wegen des langen Zeithorizonts von Pappi et al. (2008) haben es neueste Politikfelder wie Integration allerdings noch nicht zu einem eigenen Ministeriumstyp gebracht. Dieses Aufgabengebiet wird bei Pappi et al. (2008) noch unter Arbeit/Soziales eingeordnet.

Das erste Ziel der Inhaltsanalyse ist jetzt die Zerlegung der Wahlprogramme nach diesen Kategorien. Die Frage ist, welche Texteinheit man als Vercodungseinheit wählen soll. Sätze, wie bei König et al. (2010), Absätze oder längere Textpassagen? Diese Frage ist unter Rückgriff auf die Forschungsfrage zu beantworten. Danach werden Wahlprogramme als Signale an mögliche Koalitionspartner aufgefasst und man kann annehmen, dass kundige Leser sich an der Gliederung und damit an den Überschriften von Textabschnitten orientieren werden. Folgt man üblichen Konventionen bei der Texterstellung, wird die Überschrift einen Hinweis auf den Inhalt des folgenden Textes geben. Es eröffnet sich also die Möglichkeit, gar nicht den Text selbst durch menschliche Coder verschlüsseln zu lassen, sondern nur die Überschriften. Überschriften können verschieden tief gestaffelt sein. Nach Probeverschlüsselungen fiel die Entscheidung zugunsten der zweiten Ebene, deren zugehöriger Text die höchste Aussagekraft für die Geschäftsfelder ganzer Ministerien hatte.

Eine letzte Entscheidung war jetzt noch im Hinblick auf die Wahlprogramme zu treffen, die in die Analyse einbezogen werden sollten. Wegen des Forschungsinteresses an Koalitionsverhandlungen und Koalitionsvereinbarungen hätte es vielleicht genügt, nur Parteien einzubeziehen, die in der Folge tatsächlich eine Koalitionsregierung gebildet haben. Doch abgesehen davon, dass man dann die Entscheidung für eine bestimmte Koalition im Vergleich zu anderen möglichen nicht hätte erklären können, spricht auch die Argumentation von Klingemann et al. (1994) gegen eine solche Entscheidung. Diese Autoren erklären die Politikfeldschwerpunkte der Haushaltsausgaben mit den aus Wahlprogrammen erschlossenen Politikfeldinteressen. Dabei unterscheiden sie ein Agenda- und ein Mandatsmodell (Klingemann et al. 1994, 44-58). Ersteres berücksichtigt die Interessen aller Parlamentsparteien in der Annahme, dass die öffentliche Agenda eines Landes von allen wichtigen Parteien beeinflusst wird, unabhängig davon, ob sie aus der Wahl als Sieger oder Verlierer hervorgegangen sind, und dass diese Agenda einen bestimmenden Einfluss auf die Haushaltsplanung der Regierung hat. Das Mandatsmodell berücksichtigt dann zusätzlich, nicht alternativ, ob die jeweilige Partei in der Regierungsverantwortung steht. Selbst wenn sich für Deutschland auf Bundesebene eher das Mandatsmodell bestätigt (Klingemann et al. 1994, 196-204), ist damit die Annahme des Agenda-Modells, dass alle wichtigen Parteien am öffentlichen Diskurs teilnehmen, nicht widerlegt. Das impliziert bis zu einem gewissen Grad ähnliche Politikfeldinteressen, da sonst kein öffentlicher Diskurs zustande käme. Als erster Indikator der Bedeutung einer Partei dient hier der Einzug in ein Landesparlament. In der Annahme, dass aber in erster Linie die auch im Bundestag vertretenen Par-

teien am öffentlichen Diskurs beteiligt sind, wird erwartet, dass es sich diese etablierten Parlamentsparteien nicht leisten können ganze Politikfelder aus ihrem Interessenprofil auszusparen. Sie sind in der einen oder anderen Rolle an der professionellen Aushandlung von Politik beteiligt und unterscheiden sich dadurch von Außenseiterparteien, die nicht ernsthaft mit einer Regierungsbeteiligung rechnen können. Als Hypothese wird sich prüfen lassen, ob sich das Interessenprofil dieser Außenseiterparteien stärker auf einzelne Politikfelder konzentriert als das der etablierten Parteien.

Ziel der Inhaltsanalyse ist es jetzt, aus der Länge des Texts, den ein Wahlprogramm den einzelnen Politikfeldern widmet, auf das Interesse an diesem Politikfeld zu schließen. Je größer der Textanteil am Gesamttext, desto größer ist das relative Interesse der Partei bei der entsprechenden Landtagswahl an diesem Politikfeld. Die Zuordnung der Überschrift des entsprechenden Abschnitts muss also eindeutig sein, sodass der Textabschnitt auch eindeutig einem Politikfeld zugeordnet werden kann. Wie bei jeder Quelle, muss auch bei Wahlprogrammen der Entstehungskontext und die beabsichtigte Wirkung auf die Zielgruppen bei der Interpretation berücksichtigt werden.

Wahlprogramme werden in strategischer Absicht geschrieben. Deshalb werden die Parteien einerseits auf die gerade auf der öffentlichen Agenda stehenden Probleme achten, um der Wählerschaft aktuelle Lösungen anzubieten, aber andererseits auch bemüht sein, ihre Stammwähler mit Traditionsthemen zu halten. Da die Parteien durch die entsprechenden Überschriften Signale an Wähler und mögliche Koalitionspartner senden, ist die Interessenbekundung qua zusammenhängender nachfolgender Textlänge ein direkteres Maß der Politikfeldinteressen als wenn man als Verschlüsselungseinheit Sätze verwenden würde. Wenn die Sätze aus ganz verschiedenen Abschnitten kommen, kann der Autor schnell den Überblick über seine Interessenbekundungen verlieren. Die entscheidende Frage ist, wie sich die strategischen Absichten auf die Interessenbekundungen auswirken.

Ein Hauptzweck von Wahlprogrammen ist Wahlwerbung. Parteien werden also erstens ihre Programmpunkte als möglichst vorteilhaft für die Wählerschaft darstellen, das heißt die Wohlfahrtseffekte betonen und die Kosten in den Hintergrund treten lassen. Auf Politikfelder angewandt folgt daraus die Hervorhebung von Policy-Bereichen mit öffentlich diskutiertem Handlungsbedarf, der eher in Geschäftsfeldern erweiterter Staatstätigkeit anfällt als in den klassischen Ministerien.

Als Ausnahme von dieser Annahme kann man zweitens wegen der Kulturhoheit der Länder und dem Interesse der Eltern an den Schulen und Hochschulen die Geschäftsbereiche der klassischen Kultusministerien ansehen. Es ist genau dieses Politikfeld, das eine direkte oder indirekte Übertragung von Ergebnissen für Wahlprogramme der Bundesparteien auf ihre Landesverbände problematisch macht.

Der Salienztheorie folgend kann man drittens erwarten, dass die Parteien jeweils die Politikfelder hervorheben, für die ihnen von der Wählerschaft traditionell eine höhere Lösungskompetenz als den anderen Parteien zugeschrieben wird. Folgt man Budge und Keman (1990, 97), werden sozialistische und sozialdemokratische Parteien Arbeit und Soziales hervorheben, liberale Parteien Wirtschaft und Justiz und konservative Parteien Inneres. Bei Christdemokraten, die Budge und Keman (1990) in ihrer Übersicht aussparen, müsste man dem konservativen Schwerpunkt Inneres wohl noch Arbeit und Soziales hinzufügen. Ein-Issue-Parteien können sich darüber hinaus auf ihr jeweiliges Hauptthema konzentrieren.

Mit diesen Hypothesen kann im nächsten Abschnitt nach der Prüfung der Reliabilität der Verschlüsselung und der Darstellung der Ergebnisse die inhaltliche Gültigkeit der aus Wahlprogrammen abgeleiteten Politikfeldinteressen geprüft werden.

### 3. Ergebnisse mit Reliabilitäts- und erster Validitäts-Prüfung

Im Untersuchungszeitraum von Januar 1975 bis einschließlich Mai 2010 fanden in Deutschland 123 Landtagswahlen statt (einschließlich der Bürgerschaftswahlen in Bremen und Hamburg und der Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin). Davon fanden 46 vor und 77 nach 1990 statt. In die Grundgesamtheit der Parteien, deren Wahlprogramme verschlüsselt werden sollten, wurden die Landesverbände bzw. Parteien aufgenommen, die den Einzug in den jeweiligen Landtag geschafft haben. Das waren 480 Landtagswahlprogramme, im Durchschnitt entspricht dies 3,3 vor und 4,1 Wahlprogrammen pro Landtagswahl nach 1990. 464 Wahlprogramme standen tatsächlich zur Verschlüsselung zur Verfügung, das sind 97 Prozent der Grundgesamtheit.<sup>4</sup>

Wie bereits erwähnt, wurden die Überschriften der Ebene 2 manuell verschlüsselt. Ein Reliabilitätscheck bei einer Teilmenge der Wahlprogramme erbrachte für sieben Coder einen durchschnittlichen paarweisen Übereinstimmungs-Koeffizienten<sup>5</sup> von 0,89, mit einem Wert von 0,85 für die geringste und von 0,99 für die größte Übereinstimmung. Die Verschlüsselung kann also insgesamt als sehr zuverlässig beurteilt werden.

Die Länge des auf die Überschrift folgenden Texts, gemessen mit der Anzahl der Zeichen<sup>6</sup>, dient dann als Maß der Intensität des Interesses einer Partei zum jeweiligen Zeitpunkt der Landtagswahl an dem entsprechenden Politikfeld. Diese Politikfeldinteressen können sich nach Perioden, die für alle Bundesländer z.B. gemeinsam über die Legislaturperioden des Bundes erfasst werden, nach Bundesländern und natürlich nach Parteien unterscheiden. Bei entsprechenden Auswertungen ist zu berücksichtigen, dass nur die Wahlprogramme von CDU/CSU und SPD in jeder Kombination dieser Merkmale auch tatsächlich vorkommen<sup>7</sup>, weil nur diese zwei Parteien in jedem Landtag vertreten waren. Die Einschränkung der Population auf die Wahlprogramme der Landtagsparteien ergibt sich aus der Forschungsfrage der Erklärung von Koalitionsbildung bzw. Koalitionsverhandlungen. Um hier die Ergebnisse für die Parteien vorzustellen, wird der Durchschnitt über alle Bundesländer mitgeteilt und zeitlich nur grob zwischen der Periode von 1975 bis zum 31. 12. 1989 und der Periode danach unterschieden. Auf diese Weise haben auch die Ergebnisse für die kleineren Parteien, besonders wenn sie gleichzeitig im Bundestag vertreten waren, eine erhöhte Aussagekraft.

Als erstes fällt am Vergleich der Politikfeldinteressen zwischen den Parteien die große Ähnlichkeit zwischen den etablierten Parteien auf. Dazu zählen die Parteien, die auch im Bundestag vertreten sind, also bis 1983 die drei Altparteien CDU/CSU, SPD und FDP, zu denen in den 1980er Jahren die Grünen hinzu-stießen, besonders als sie über die Repräsentanz im Bundestag hinaus in Hessen eine erste Regierungsbeteiligung erreichen konnten.

Seit der Wiedervereinigung wird die PDS wegen ihrer starken Stellung in Ostdeutschland zur fünften etablierten Partei. Alle anderen Parteien sollen hier als nicht etabliert in dem Sinn gelten, dass sie, zumindest bei der Formulierung ihres Wahlprogramms, nicht ernsthaft mit einer Regierungsbeteiligung rechnen konnten. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, waren dies in der alten Bundesrepublik nur der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) und die Republikaner. Thematisch haben sie ein ausgedünntes Programm, ähnlich wie die DVU, die Schill-Partei, die Wählergemeinschaft Arbeit für Bremen und Bremerhaven (AFB), die

4 Die Wahlprogramme nach der Wiedervereinigung wurden größtenteils von Bräuninger und Debus (2012) zur Verfügung gestellt, die Wahlprogramme davor wurden vom Bundesarchiv bezogen. Von der DVU konnten 8 Programme nicht beschafft werden, das ist die Hälfte der 16 fehlenden Wahlprogramme.

5 Berechnet nach Holsti als Anteil der beobachteten Übereinstimmungen ( $2 \bar{U}$ ) an den vercodeten Einheiten ( $nA + nB$ ) der Coder A und B (vgl. Neuendorf 2002:149).

6 Auf die Politikfelder insgesamt entfällt etwa 90 Prozent des Texts. Das Bedeutungsgewicht eines Politikfelds für ein Wahlprogramm wird dann mit dem Anteil der Zeichen an den Zeichen für alle Politikfelder gemessen.

7 Nur für die CDU Brandenburg konnte kein Wahlprogramm für die Landtagswahl am 14. Oktober 1990 aufgefunden werden.

NPD und die Freien Wähler (FW). Republikaner und vor allem der SSW haben nach 1990 ihr Interessenprofil etwas verbreitert (vgl. Tabelle 2). Wie oben vermutet können sich Außenseiter- oder Ein-Issue-Parteien stärker als etablierte Parteien auf wenige Politikfelder konzentrieren.

**Tabelle 1: Die Politikfeldinteressen der Landtagsparteien von 1975 bis 31.12.1989**

<b>Politikfeld</b>	<b>CDU/CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>	<b>Grüne</b>	<b>SSW</b>	<b>REP</b>
Arbeit und Soziales	0,22	0,29	0,17	0,29	0,18	0,31
Bau	0,03	0,02	0,03	0,02	0	0
Kultus	0,22	0,19	0,22	0,13	0,06	0,17
Bund und Europa	0,02	0,01	0,01	0,00	0	0
Landwirtschaft	0,05	0,06	0,05	0,05	0,08	0
Finanzen	0,03	0,03	0,04	0,02	0	0
Justiz	0,03	0,05	0,08	0,06	0	0
Inneres	0,11	0,08	0,13	0,09	0,14	0,23
Umwelt und Landesplanung	0,17	0,11	0,12	0,14	0,21	0,11
Wirtschaft und Verkehr	0,19	0,18	0,18	0,21	0,33	0,18
Zahl Wahlprogramme	46	46	33	24	2	1

Was die erste der oben formulierten Hypothesen bezüglich der Neigung der Parteien, eher Politikbereiche hervorzuheben, die für eine Ausweitung der Staatstätigkeit stehen, betrifft, kann man Arbeit und Soziales sicher als einschlägig betrachten und darüber hinaus auch Wirtschaft und Verkehr, ein Ministerium mit vielen Möglichkeiten der Subventions- und Auftragsvergabe, einbeziehen. Zählt man dann nach Hypothese 2 noch den Bereich Kultus wegen der Kulturhoheit der Länder hinzu, gibt es mit einer Ausnahme keine etablierte Partei, die weniger als 60 Prozent ihrer Aufmerksamkeit auf diese drei Politikfelder konzentriert. Die Ausnahme betrifft die FDP vor 1990, die die 60 Prozentmarke mit 57 Prozent knapp verfehlt.

Die große Übereinstimmung der Interessen der etablierten Parteien lässt auf der anderen Seite ihre nach der Salienztheorie erwartbaren traditionellen Schwerpunkte weniger klar hervortreten. Immerhin signalisieren SPD und PDS den Wählern ein größeres Interesse für Arbeit und Soziales als die beiden „bürgerlichen“ Parteien CDU/CSU und FDP. Zu den linken Traditionsparteien stoßen auch die Grünen mit ihrer Hervorhebung dieses Politikfelds. Dagegen tritt ihr erwartbares Interesse für Umweltpolitik nicht so deutlich hervor, was zum Teil an der in vielen Ländern üblichen Zusammenfassung von „Umwelt und Landesplanung“ liegen mag, aber zum größeren Teil einem anderen Umstand geschuldet sein dürfte. So erbringt eine Auswertung der Textlänge nach den Hauptüberschriften der Ebene 1 das erwartete Ergebnis für die Grünen. Da die Signalwirkung der Hauptüberschriften größer ist als die der Ebene 2, empfiehlt sich für Untersuchungen im Hinblick auf die beabsichtigte Wirkung beim Wähler eher diese Analyseebene. Dagegen dürften sich mögliche Koalitionspartner und auch politische Gegner mehr für den Policygehalt der Wahlprogramme interessieren, der gezielter durch Überschriften der Ebene 2 indiziert wird.

Der von Budge und Keman (1990) behauptete Schwerpunkt liberaler Parteien in den Politikfeldern Wirtschaft und Justiz ist kaum erkennbar. Immerhin ist die FDP jedoch die einzige Partei, die Wirtschaft und Verkehr mehr Platz einräumt als Arbeit und Soziales. Das unterscheidet sie von CDU und CSU, deren Wahlprogramme fast ein Viertel des Platzes für Arbeit und Soziales vorsehen. Damit entsprechen sie der Erwartung für christdemokratische Parteien. Ihr konservativer Politikansatz tritt dagegen kaum durch eine besonders hohe Salienz für Inneres in Erscheinung. Hier werden CDU/CSU deutlich von rechten Randparteien wie den Republikanern vor 1990, der Schill-Partei in Hamburg oder der NPD übertroffen.

Tabelle 2: Die Politikfeldinteressen der Landtagsparteien vom 1.1.1990 bis 25.5.2010

Politikfeld	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	SSW	REP
Arbeit und Soziales	0,23	0,26	0,18	0,27	0,21	0,17
Bau	0,02	0,03	0,01	0,02	0,00	0,04
Kultus	0,22	0,22	0,25	0,20	0,24	0,11
Bund und Europa	0,03	0,03	0,01	0,01	0,05	0,09
Landwirtschaft	0,06	0,05	0,05	0,05	0,03	0,06
Finanzen	0,03	0,03	0,04	0,03	0,02	0
Justiz	0,04	0,03	0,05	0,05	0,02	0,28
Inneres	0,12	0,10	0,11	0,09	0,09	0,05
Umwelt und Landesplanung	0,09	0,09	0,09	0,13	0,20	0,08
Wirtschaft und Verkehr	0,16	0,18	0,20	0,17	0,14	0,11
Zahl der Wahlprogramme	76	77	51	58	5	1

Politikfeld	PDS	Schill	DVU	NPD	FW	AFB
Arbeit und Soziales	0,31	0,10	0,63	0,25	0,24	0,25
Bau	0,03	0	0	0	0	0
Kultus	0,22	0,10	0	0,17	0,29	0,21
Bund und Europa	0,03	0	0,12	0,03	0	0
Landwirtschaft	0,03	0	0	0,04	0,15	0
Finanzen	0,04	0,04	0	0	0	0,24
Justiz	0,03	0,28	0,12	0,05	0	0
Inneres	0,13	0,22	0,13	0,21	0,15	0,16
Umwelt und Landesplanung	0,08	0,08	0	0,08	0,07	0
Wirtschaft und Verkehr	0,13	0,18	0	0,20	0,09	0,15
Zahl der Wahlprogramme	38	1	1	2	1	1

Die aus dem Charakter von Wahlprogrammen und aus der Literatur abgeleiteten Erwartungen an das hier vorgeschlagene Maß für Politikfeldinteressen sind der Tendenz nach bestätigt worden. Wenn die Bestätigung nicht stärker ausfiel, kann das damit zusammenhängen, dass der jeweilige Textinhalt durch die Überschriften nur ungenau indiziert wird. So kann die Tendenz, unangenehme Politikpläne als Kosten für höchst willkommene Wohlfahrtssteigerungen darzustellen, zu Fehlzuordnungen führen, die bei Sätzen als Verschlüsselungseinheiten nicht auftraten. So hatte z.B. die Bundes-CDU 2005 in ihrem Wahlprogramm einen Abschnitt mit der Überschrift „Solide öffentliche Kassen – Ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit“. Wer allerdings die Forderung nach Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent in diesem Abschnitt sucht, sucht vergebens. Diese Forderung findet sich in den Abschnitt „Senkung der Lohnzusatzkosten für mehr Arbeitsplätze“ und damit inhaltlich unter dem Politikfeld „Arbeit und Soziales“. Dieses Beispiel zeigt, dass es im Interesse der Wählerwerbung Gründe geben mag, unangenehme Ankündigungen in einem positiven Bezugsrahmen zu bringen und dabei auch die politische Arbeitsteilung in Form von Politikfeldern zu übergehen. Diese Tendenz könnte dazu führen, dass die Überschriften ihren Charakter als Signale für bestimmte Politikfelder verlieren. Deshalb soll als erste Validitätsprüfung die inhaltliche Gültigkeit der Überschriftenverschlüsselung für den nachfolgenden Text geprüft werden.

Inhaltsvalidität liegt in dem Umfang vor, in dem ein Maß „captures all the features that define the concept that the test claims to measure“ (Krippendorff 2004, 315). Wenn man von den oben aufgezählten ministerialen Politikfeldern ausgeht, stellt sich die Frage, welche einzelnen Geschäftsbereiche man unter diese Politikfelder subsumieren möchte. Auch dabei bieten sich deutsche ministeriale Standardzuordnungen als Lösung an. So hat die deutsche Gruppe des Comparative Manifesto Projects eine feinere Klassifikation von 50 Politikfeldern entwickelt, die speziell ihre Aufteilung auf die deutschen Bundesministerien berücksichtigt (Volkens 2002, 28). Diese 50 Politikfelder lassen sich unschwer den 10 oben unterschiedenen ministerialen Politikfeldern zuordnen. Auf diese Weise ergibt sich ein erster Diktionär für jedes der zehn

Politikfelder, der dann als Ergebnis der Probeverschlüsselungen um weitere, für die einzelnen Politikfelder typische Schlüsselbegriffe ergänzt wurde. Somit kann geprüft werden, inwieweit diese Schlüsselbegriffe für ein Politikfeld in dem durch die Überschriftenverschlüsselung klassifizierten Text auch tatsächlich weit überproportional vorkommen.

Die oben aufgeführten zehn Politikfelder der Landespolitik werden in Tabelle 3 um die Außen- und Sicherheitspolitik ergänzt, um deren geringe Bedeutung auf Länderebene auch empirisch zu belegen. Gleichzeitig werden die Politikfelder in den Spalten aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit zu größeren Politikbereichen zusammengefasst. Die Überschneidungen werden also zwischen den einzelnen Politikfeldern und den übergeordneten Politikbereichen berechnet. Die Zahlen beruhen auf einer Auswertung aller Landtagswahlprogramme im Zeitraum von 1994 bis 1998, in dem in jedem Bundesland genau eine Landtagswahl stattfand, so dass kein Land fehlt oder mit zwei Wahlen überrepräsentiert ist.

**Tabelle 3: Die Häufigkeit der Schlüsselwörter nach Politikfeldern in Prozent und absolut**

Schlüsselwörter	zugeordneter Politikbereich					Summe	Häufigkeit der Schlüsselwörter		
	ASB	Kultus	Recht	WULF	ASE		n	%	
ASB Arbeit und Soziales	<b>66,9</b>	11,0	12,7	8,2	1,3	100,0	3622	27,7	
Bau	<b>23,5</b>	5,3	3,3	67,5	0,4	100,0	243	1,9	
Kultus Kultus	11,3	<b>68,3</b>	4,0	14,9	1,5	100,0	3128	24,0	
Recht Inneres	16,2	7,8	<b>56,3</b>	18,5	1,3	100,0	2748	21,0	
Justiz	13,5	3,7	<b>78,9</b>	2,9	1,0	100,0	805	6,2	
WULF Wirtschaft und Verkehr	12,0	9,7	6,4	<b>70,5</b>	1,5	100,0	1321	10,1	
Finanzen	12,2	3,3	12,2	<b>70,6</b>	1,7	100,0	180	1,4	
Landwirtschaft	4,4	7,8	3,0	<b>84,1</b>	0,7	100,0	270	2,1	
Umwelt und Landesplanung	8,3	7,7	3,3	<b>78,1</b>	2,7	100,0	675	5,2	
ASE Bund und Europa	0,0	0,0	14,3	67,9	<b>17,9</b>	100,0	28	0,2	
Außen - und Sicherheitspolitik	20,5	2,6	15,4	17,9	<b>43,6</b>	100,0	39	0,3	
Summe								13059	100,0

Hauptergebnis der Auszählung der Schlüsselwörter nach Politikfeldern ist, dass sie genau in dem Politikbereich konzentriert sind, in dem sie qua Überschriftenverschlüsselung auch einschlägig sein müssen. So entfallen 84,1 Prozent der landwirtschaftlichen Schlüsselwörter auf den einschlägigen Bereich WULF (Wirtschaft und Verkehr, Umwelt und Landesplanung, Landwirtschaft, Finanzen), 78,9 Prozent der Justiz signalisierenden Wörter auf den Bereich Recht oder 66,9 Prozent der arbeits- und sozialpolitischen Schlüsselwörter auf den Bereich ASB (Arbeit, Soziales und Bau). Bau ist in diesem Bereich allerdings eine Fehlzuordnung, weil in der Periode 1994 bis 1998 nicht der soziale Wohnungsbau Hauptthema war, sondern Themen, die man bessere dem Bereich WULF zugeordnet hätte. Die andere Ausnahme betrifft Schlüsselwörter, die die Beziehungen zum Bund und Europa betreffen. Sie behandeln keine „Außenpolitik“ der Länder, sondern schwerpunktmäßig wirtschafts- und finanzpolitische Fragen (Bereich WULF). Wie in Blick auf die letzte Spalte zeigt, betreffen die Ausnahmen aber Politikfelder, deren Schlüsselwörter in den Wahlprogrammen sowieso relativ selten vorkommen. Wie bei der Überschriftenverschlüsselung auch, sind Arbeit/Soziales und Kultus am häufigsten vertreten. Der Bereich Inneres ist bei den Schlüsselwörtern allerdings häufiger vertreten als es der Textlänge nach den einschlägigen Überschriften entspricht. Der Grund dafür wird in den Zeilenprozenten für Inneres sichtbar. Von allen größeren Politikfeldern konzentrieren sich die Schlüsselwörter für Inneres mit einem Prozentsatz von 56 am wenigsten in der einschlägigen

Bereichskategorie Recht. Innenpolitische Themen werden also auch in den Bereichen WULF und ASB häufiger angesprochen. Dagegen konzentrieren sich die Schlüsselwörter der restlichen größeren Politikfelder, wie bereits erwähnt, sehr stark in ihrem zugehörigen Bereich. Diese hohe Konzentration in dem jeweils einschlägigen Politikbereich beweist die hohe inhaltliche Gültigkeit für die Politikfeldeinstufung eines Abschnitts, wenn man sich allein auf die manuelle Verschlüsselung der Überschrift verlässt.

## 4. Kriteriumsvalidität: Übereinstimmung und Voraussage

„Die Kriteriumsvalidität ...gibt an, in welchem Grad die mit einem Messinstrument erzielten Resultate mit anderen relevanten Merkmalen korreliert sind. Diese Außenkriterien müssen unabhängig mit anderen Messinstrumenten erhoben werden“ (Diekmann 2004, 224). Darunter fällt einmal die konvergente oder Übereinstimmungs-Validität der Ergebnisse der Inhaltsanalyse mit Messungen desselben Begriffs, die mit einer anderen Methode, z.B. einer Befragung, erzielt wurden. Zum anderen fällt darunter die Voraussagevalidität, mit der man prüft, ob sich das neue Maß genauso für die Voraussage von Einstellungen oder Verhalten eignet wie eine andere Operationalisierung desselben Begriffs.

### 4.1 Konvergente Validität

Bei der Prüfung der konvergenten Gültigkeit ist darauf zu achten, dass mit den verschiedenen Methoden der Datenerhebung tatsächlich dasselbe Konstrukt gemessen wurde. Vergleicht man Inhaltsanalyse und Befragung, ist dies ein Vergleich der Ergebnisse eines nicht-reaktiven und eines reaktiven Verfahrens. Die hier aus Wahlprogrammen erschlossenen Politikfeldinteressen interpretieren die Länge des Texts, die den Themen eines Politikfelds gewidmet sind, als Maß der Intensität des Interesses für das Politikfeld. In einer Befragung kann das interessierende Konstrukt allerdings viel direkter angesprochen werden, was einen Vergleich erschweren kann. Selbst wenn man die Politikfelder als generalisierte Ministeriumstypen konstruiert, würde man in einer Befragung wahrscheinlich verschiedene Ergebnisse erzielen, je nachdem, ob man nach der Bedeutung von „Ministerien“ oder nach der von „Politikfeldern“ fragt. Bei Politikern könnte erstere Frage stärker die Ätermotivation und letztere die Policymotivation ansprechen. So betonen Druckman und Warwick in einer Expertenbefragung für westeuropäische parlamentarische Demokratien eher den Ätermotivationsaspekt: „...our objective is to develop estimates of the importance of the various posts represented in post-war ... cabinets“ (2005, 35). Dieser Befragung lässt sich z.B. für Deutschland entnehmen, dass der Finanzminister im Vergleich zu einem Ankerpunkt von 1 für ein durchschnittliches Ministerium einen Wert von 1,58 erreicht, der Außenminister aber nur 1,41. Dies jedenfalls sind die Durchschnittsurteile der deutschen Experten über die allgemeine Bedeutung der Bundesministerien. Dagegen kommt das Thema Finanzen in den Wahlprogrammen der deutschen Bundesparteien (vgl. Pappi et al. 2008, 337) oder auch der Landtagsparteien (vgl. Tabellen 1 und 2) kaum vor.

Zur Prüfung der konvergenten Validität eignet sich eine Befragung der Fraktions- und Landesvorstände der Landtagsparteien in allen Bundesländern durch Linhart und Windwehr (2012). Diese Autoren ließen zunächst die Bedeutsamkeit der in den einzelnen Ländern tatsächlich existierenden Ministerien im Vergleich zu dem mit 100 bewerteten Ministerpräsidenten einschätzen, gingen dann eine Stufe tiefer zu den Geschäftsbereichen und ließen diese nach der parteiübergreifenden Bedeutung und nach der Sicht der Partei des Befragten beurteilen. Aus den Urteilen über die Geschäftsbereiche wurden schließlich je nach Zugehörigkeit die Bedeutsamkeiten der 10 hier verwendeten Politikbereiche berechnet. Dabei stehen wie bei Druckman und Warwick (2005) die Finanzen auf Platz 1 der „objektiven“ Bedeutung, wenn man vom Amt des Ministerpräsidenten absieht. Diese Einschätzung teilen Union und FDP, bei der SPD folgen Finanzen auf Platz 2 nach Arbeit/Soziales, bei der Linken auf Platz 3 und bei den Grünen auf Platz 6. Aus



Sicht von CDU und CSU ist das Innenministerium am zweitwichtigsten, doch weichen hier die Einschätzungen der anderen Parteien schon stärker ab. Nicht überraschend für die Bundesländer mit ihrer Kulturhoheit ist die allseits als hoch eingeschätzte Bedeutung der Bildungspolitik.

Korreliert man die durchschnittlichen Bedeutsamkeiten der Politikfelder nach Linhart und Windwehr (2012) mit den Durchschnittsinteressen der Parteien nach Tabelle 2, schwanken die Korrelationen zwischen 0,36 für die CDU und 0,69 bzw. 0,70 für SPD bzw. PDS/Linke. FDP (0,54) und Grüne (0,46) liegen dazwischen. Diese Korrelationen erscheinen insgesamt nicht hoch genug, um die zugrundeliegenden Messungen als Indikatoren desselben Konstrukts aufzufassen. Dagegen fallen die Korrelationen mit den ebenfalls aus Wahlprogrammen abgeleiteten Politikfeldinteressen, die auf dem CMP-Schema beruhen (vgl. Linhart und Shikano 2009; Pappi et al. 2008, 337) durchweg höher aus, von 0,70 für die CDU bis zu 0,86 für die PDS/Linke und dies trotz der Tatsache, dass die Bildungspolitik bei den Bundesparteien weit weniger Aufmerksamkeit findet als in den Wahlprogrammen der Landtagsparteien.

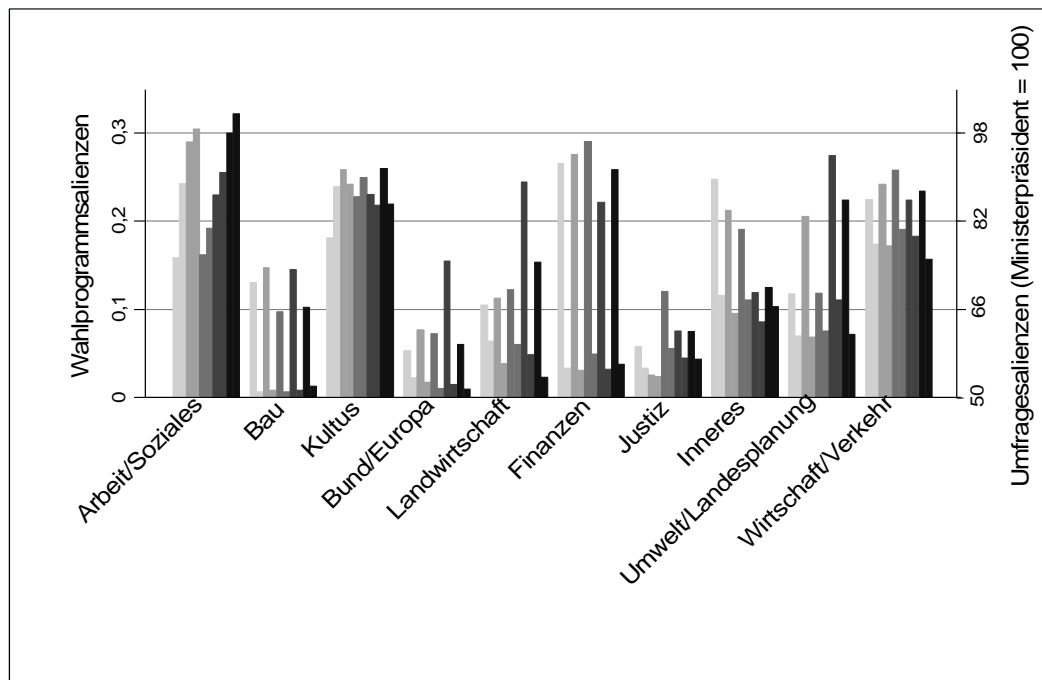
Unabhängig von der inhaltsanalytischen Methode, mit der Politikfeldinteressen aus Wahlprogrammen inferiert werden, sei es nach der CMP-Methode oder über die manuelle Überschriftenverschlüsselung und die Textlänge, stimmen die Ergebnisse trotz der Unterschiede zwischen Bundes- und Länderpolitik so stark überein, dass auf hohe konvergente Validität geschlossen werden kann. Dagegen bringen Befragungen weniger übereinstimmende Ergebnisse. Wahlprogramme als Quellen verzerren die Ergebnisse in Richtung der öffentlichkeitswirksamen Politikfelder, von denen die Politiker vermuten, dass sie die Wähler interessieren. In den deutschen Bundesländern sind das Arbeit und Soziales, Kultus in erster Linie als Bildungspolitik sowie Wirtschaft und Verkehr. Die Antworten von Politikern auf Fragen nach der Bedeutung von Ministerien entsprechen demgegenüber eher einer professionellen Sichtweise, die die unterschiedliche Macht der Ministerien berücksichtigt. Schließlich ist das Amt des Ministerpräsidenten das mächtigste, obwohl in den Wahlprogrammen fast nichts darüber steht. Was diese Interpretation zusätzlich stützt, ist die Tatsache, dass sich die etablierten Parteien in ihrer Sichtweise auf die Ministerien kaum unterscheiden. Das sei abschließend durch einen Vergleich der Salienzen zwischen Inhaltsanalyse und Befragung belegt.

Aus Abbildung 1 geht klar hervor (vgl. die Höhe des rechten Balkens für jede Partei), dass in den Wahlprogrammen aller etablierten Parteien dieselben drei Politikfelder im Vordergrund stehen: Arbeit/Soziales, Kultus und Wirtschaft/Verkehr. Sieht man vom Politikfeld Finanzen ab, trifft das auch auf die Befragungsergebnisse zu.<sup>8</sup> Für das Politikfeld Finanzen ist die Diskrepanz zwischen den beiden Maßen am größten, die Befragten aller etablierten Parteien schätzen dieses Politikfeld höher ein als es in dem aus den Wahlprogrammen gewonnenen Maß zum Ausdruck kommt. Dagegen zeigen sich stärkere Übereinstimmungen bei Arbeit/Soziales und Kultus, wobei das Interesse an Bildungspolitik bei allen etablierten Parteien sowohl nach den Wahlprogrammen als auch nach der Befragung relativ gleich stark ausgeprägt ist. Nach den Wahlprogrammen scheint dies auch für Inneres zu gelten, allerdings bewerten die Befragten der einzelnen Parteien dieses im mittleren Interessenbereich liegende Politikfeld verschieden. Lediglich CDU/CSU, gefolgt von der SPD und dann der FDP, interessieren sich relativ stark für Inneres. Zusammenfassend bestätigt diese Detailbetrachtung die aus der Korrelationsanalyse gewonnene Einsicht, dass aus Wahlprogrammen und Politikerbefragungen gewonnene Politikfeldinteressen nicht dasselbe messen. Es gibt zwar gewisse Übereinstimmungen bei einzelnen Politikfeldern, daneben aber auch große Diskrepanzen, vor allem beim Politikfeld Finanzen.

---

8 Beim Vergleich von Inhaltsanalyse- und Umfragewerten ist zu berücksichtigen, dass letztere die Bedeutsamkeit eines Politikbereichs im Verhältnis zu dem mit 100 bewerteten Ministerpräsidenten wiedergeben (entnommen aus Tabelle 7 von Linhart und Windwehr, (2012). Die entsprechende Skala ist rechts angegeben.

Abbildung 1: Vergleich der Salienzen der jeweils letzten Landtagswahl



Anmerkungen: Die Parteien sind im Schaubild in der Reihenfolge CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und Linke in Farbabstufungen von grau bis schwarz abgebildet. Der linke Balken gibt die durch Überschriftenverschlüsselung und Textlänge erfassten Politikfeldinteressen wieder, der rechte Balken die aus der Beurteilung von Geschäftsbereichen hochgerechneten Bedeutungen der Politikfelder aus der jeweiligen Parteiensicht nach Linhart/Windwehr (2012).

Aus der Korrelationsanalyse folgt andererseits, dass die Art der inhaltsanalytischen Methode, mit der man aus Wahlprogrammen auf Politikfeldinteressen schließt, die Ergebnisse weniger beeinflusst. Positiv gewendet heißt das, dass eine Überschriftenverschlüsselung nach Politikfeldern ausreicht, um ein valides Maß der aus Wahlprogrammen erschließbaren Politikinteressen zu gewinnen. Für die jetzt zu prüfende prädiktive Validität ist wie bei Bäck et al. (2011) lediglich eine bescheidene Erklärungskraft für die Verteilung der Ministerien zwischen den Koalitionsparteien zu erwarten.

## 4.2 Prädiktive Validität

Bäck et al. (2011, 449) testen als Haupthypothese, dass „parties that stress most (combinations of) specific themes corresponding to the policy remit of specific cabinet portfolios are more likely to receive those portfolios.“. Aus dem Kontext geht hervor, dass die Themen in den Wahlprogrammen hervorgehoben werden müssen. Das Salienzmaß für die Ministerien wird durch entsprechende Zusammenfassung der CMP-Kategorien gewonnen, so dass die Häufigkeit der einschlägigen Quasisätze im Wahlprogramm einer Partei das Interesse an diesem Ministerium misst. Untersuchungseinheiten sind die Ministerien in Koalitionsregierungen westeuropäischer parlamentarischer Demokratien, wobei die einzelnen Koalitionsparteien die „Wahlalternativen“ eines konditionalen Logit-Modells darstellen; erhält eine Partei das jeweilige Ministerium, bekommt sie den Wert 1, ansonsten 0. Nach der bisherigen Forschung sagt der Sitzanteil einer Partei an den Parlamentssitzen der Regierung insgesamt den Ministeranteil sehr gut voraus (sog. Gamson-Gesetz, vgl. Browne und Franklin 1973; Carroll und Cox 2007; Gamson 1961; Linhart et al. 2008; Warwick und Druckman 2006). Deshalb fügen Bäck et al. (2011) diese Variable in ihr Modell ein und ergänzen diesen Term noch um einen Interaktionseffekt des Sitzanteils mit der „objektiven“ Bedeutsamkeit

des Ministeriums (nach Druckman und Warwick 2005). Die einzige weitere Variable, die für die Prüfung der prädiktiven Validität relevant ist, ist die Salienz. Sie erweist sich der Hypothese gemäß als signifikant, die Erklärungskraft des Modells mit einem Pseudo  $R^2$  von 0,11 ist allerdings bescheiden.

Der bescheidene Beitrag der Politikfeldinteressen zur Erklärung der Ministeriumsverteilung in Koalitionsregierungen wird noch deutlicher, wenn man die Erklärungskraft des Gamson-Modells der zusätzlichen Erklärungskraft durch Einfügung der Salienz gegenüberstellt. Nach Bäck et al. (2011) wird McFadden's Pseudo  $R^2$  durch die Salienz lediglich von 0,10 auf 0,11 erhöht.

Die Ergebnisse für die Ministeriumsverteilung in den deutschen Bundesländern bestätigen Bäck et al. (2011). Im Einzelnen wurden dabei 66 Regierungsbildungen untersucht. Von den im Untersuchungszeitraum 1975 bis 2010 gebildeten 170 deutschen Landesregierungen bestanden 95 aus Koalitionen. Darunter fallen auch die, bei denen nur ein neuer Ministerpräsident während einer laufenden Legislaturperiode ins Amt kam, ohne dass sich die Parteizusammensetzung der Regierung geändert hätte. In dieser Situation ist es höchst unwahrscheinlich, dass sich die Koalitionäre neu über die Verteilung der Ministerien auf die Parteien verständigen. Deshalb werden diese Regierungen aus der Analyse ausgeschlossen. Von den verbleibenden 75 Koalitionsregierungen fällt die überwiegende Mehrzahl in die Kategorie der minimal gewinnenden Zweier-Koalitionen. Insgesamt stehen in dieser Kategorie dann 66 Regierungen mit vollständigen Angaben zur Verfügung, in denen es 621 Ministerien zu verteilen gab. Ministerpräsident und Staatskanzlei bleiben unberücksichtigt, da über sie bereits bei Aufnahme der eigentlichen Koalitionsgespräche, nach eventuellen Vorgesprächen, entschieden wird. Bei diesen 66 Zweierkoalitionen wird nur zwischen dem größeren und kleineren Koalitionspartner unterschieden, wobei der größere ohne Ausnahme den Ministerpräsidenten stellte.<sup>9</sup> Damit macht es Sinn alternativenspezifisch zwischen den Politikfeldinteressen des größeren und kleineren Koalitionspartners zu unterscheiden.

Ausgangsmodell für diese konditionale Logit-Analyse ist wie bei Bäck et al. (2011) das Gamsonmodell, das allerdings im vorliegenden Fall nicht den Ministeranteil des großen und kleinen Partners voraussagen soll, sondern ob der große oder kleine Partner ein bestimmtes Ministerium erhält. Konkret wird als unabhängige Variable nicht der Sitzanteil, sondern die tatsächlich von der größeren und kleineren Partei besetzte Zahl der Ministerien als generische Variable verwendet.<sup>10</sup> Damit wird davon ausgegangen, dass die Zahl der von einer Partei zu besetzenden Ministerien - und damit auch die Gesamtzahl der Ministerien - bei der Ministeriumsverteilung als Randbedingung bereits feststeht.

Wie bei Bäck et al. (2011) erhöht die Ergänzung der Zahl der Ministerien um die Politikfeldinteressen die Erklärungskraft für die Ministeriumsverteilung in den deutschen Landesregierungen nur minimal, wenn auch signifikant (vgl. Tabelle 4). Über Bäck et al. (2011) hinausgehend lässt sich feststellen, dass nur die Politikfeldinteressen des kleinen Koalitionspartners zu einer signifikant besseren Erklärung führen. Nach dem, was aus dem Vergleich der aus Walprogrammen abgeleiteten Salienzen mit denen der Politikerbefragung bekannt ist, heißt das nicht, dass sich der kleinere Koalitionspartner besser durchsetzen kann. Es heißt vielmehr, dass sich der größere Partner bei den aus Parteiensicht wichtigen Ämtern wie dem des Ministerpräsidenten und des Finanzministers durchsetzen wird und es sich dann leisten kann, der Policy-motivation des kleineren Partners nachzugeben, die dieser den Wählern signalisiert hat. Der größere Partner ist darauf nicht so stark angewiesen, da er sowieso die meisten Ämter bekommt. Berechnet man den Prozentsatz der richtigen Ämterprognosen für den kleineren Partner in Abhängigkeit vom Ministeranteil dieser Partei, zeigt sich trivialerweise, dass das Gamsongesetz die (qualitative, nicht quantitative) Ministeriumsverteilung umso schlechter voraussagen kann, je mehr diese sich einer 50:50 Verteilung

9 Die Koalitionen teilen sich wie folgt auf: 22 CDU/FDP Koalitionen, 15 SPD/Grüne Koalitionen, 8 SPD/FDP, 5 SPD/PDS und 16 große Koalitionen, davon 10 mit einem Ministerpräsidenten der CDU und 6 mit einem der SPD.

10 Für alle Regierungsämter einschließlich des Ministerpräsidenten sagt der Stimmenanteil den Ministeranteil für die 66 Regierungen mit einer Konstanten von 0,11 und einem Steigungskoeffizienten von 0,66 bei einem  $R^2$  von 0,73 voraus.

zwischen den Partnern nähert. Dann kann das Politikfeldinteresse auch zusätzlich die Ministeriumsverteilung besser voraussagen (vgl. Abbildung 2). Die Hälfte der Koalitionen in den deutschen Bundesländern besteht aber aus einem großen und einem kleinen Partner, in denen letzterer weniger als ein Fünftel der Ministerien erhält. Hier kann das Politikfeldinteresse dem Gamsongesetz keine Erklärungsleistung hinzufügen.

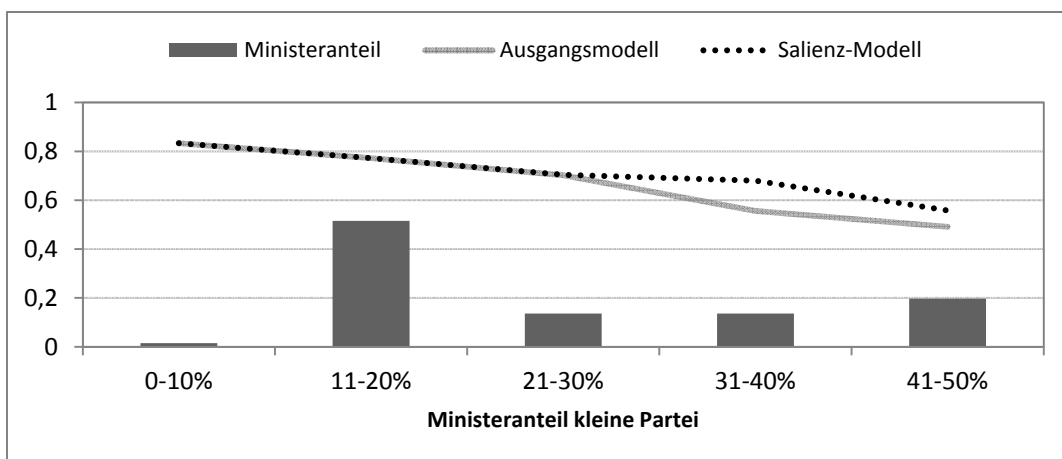
**Tabelle 4: Ergebnisse eines konditionalen logistischen Regressionsmodells der Ministerienvergabe an die Koalitionspartner**

	Alle Ministerien		Nur Fälle mit ungeteilten Politikfeldern	
	Ausgangsmodell	Salienzmodell	Ausgangsmodell	Salienzmodell
Anzahl der Ministerien	0,23*** (0,02)	0,27*** (0,03)	0,35*** (0,04)	0,422*** (0,05)
Salienz große Partei		1,07 (1,23)		2,35 (1,91)
Salienz kleine Partei		2,61* (1,22)		4,78** (1,80)
Log Likelihood	-359,99	-356,52	-226,00	-221,47
R <sup>2</sup>	0,11	0,11	0,13	0,14
Fallzahl	1242	1242	816	816

Signifikanzniveaus: '\*\*\*\*' 0,001 '\*\*\*' 0,01 '\*\*' 0,05, Standardfehler in Klammern.

Die Erklärungskraft des Gesamtmodells lässt sich auch dadurch verbessern, dass man nur Ministerien in die Analyse einbezieht, die sich ein Politikfeld nicht mit einem Ministerium des Koalitionspartners teilen müssen. Zwischen diesen zwei oder mehr Ministerien unterscheiden sich die Politikfeldinteressen nicht, so dass es notwendigerweise zu Fehlprognosen kommen muss. Eine entsprechende Analyse (vgl. Tabelle 4) erhöht tatsächlich die Erklärungskraft des Modells, bestätigt aber andererseits das bisher gefundene Ergebnis von der signifikanten, aber relativ schwachen zusätzlichen Prognoseleistung der Politikfeldinteressen des kleinen Koalitionspartners.

**Abbildung 2: Richtige Prognosen der Ministeriumsverteilung im Ausgangs- und Salienzmodell (N = 66)**



So schwach die Prognoseleistung der aus Wahlprogrammen abgeleiteten Politikfeldinteressen für die Ministeriumsverteilung in Koalitionsregierungen ist, ist dieser prädiktive Validierungsversuch doch geglückt. Die Ergebnisse stimmen nämlich mit der ebenfalls schwachen Prognoseleistung der auf andere Weise aus Wahlprogrammen abgeleiteten Salienz von Bäck et al. (2011) überein. Das Problem liegt offensichtlich darin, was die Parteien in ihren Wahlprogrammen über ihre Politikfeldinteressen offenbaren.

---

## 5. Schlussfolgerungen

Wahlprogramme müssen als historische Quellen ernstgenommen werden. Politiker handeln strategisch, deshalb ist bei Wahlprogrammen zu berücksichtigen, mit welchen Zielen und auf welche Zielgruppe ausgerichtet sie verfasst werden. Hauptzielgruppe ist die politisch interessierte Öffentlichkeit mit den Medien als Vermittlern und den anderen Parteien als Gegnern, aber auch als möglichen Koalitionspartnern. So lässt sich erklären, warum die Parteien den Themen so große Aufmerksamkeit schenken, von denen sie sich beim Wähler die größte Resonanz erhoffen. Das sind auf Landesebene Themen aus den Politikfeldern Arbeit/Soziales, Kultus und Wirtschaft/Verkehr. Dazu gehört aber nicht ein Politikfeld wie Finanzen, obwohl das Finanzministerium für die etablierten Parteien ganz oben auf der Wunschliste steht. Mit diesen Erkenntnissen, die aus dem Vergleich der aus Wahlprogrammen abgeleiteten und durch Politikerbefragungen ermittelten Politikfeldinteressen gewonnen wurden, lässt sich die schwache Prognoseleistung ersterer für die Ministeriumsverteilung in Koalitionsregierungen erklären. Der Befund von Bäck et al. (2011) wurde also nicht nur repliziert, sondern auch erklärt.

Für die Forschungspraxis der Politikwissenschaft und insbesondere die Ausweitung des Untersuchungsgegenstandes über die nationale Ebene hinaus ist wichtig, dass sich aus Wahlprogrammen auch einfacher als durch die satzweise CMP-Verschlüsselung Maße für die Politikfeldinteressen der Parteien konstruieren lassen. Nach dieser einfacheren Methode werden nur die Überschriften von Textpassagen manuell verschlüsselt und dann die Textlänge als Maß für die Intensität des Interesses am jeweiligen Politikfeld verwendet. Reliabilität und Validität dieser Methode erwiesen sich als hoch (vgl. Abschnitt 3).

Bei der Beurteilung dieser Methode ist noch ein weiterer Aspekt hervorzuheben. Die Methode zerlegt den Text von Wahlprogrammen in inhaltlich zusammengehörige Teile. Je nach Klassifikationssystem könnten dies auch andere Teile als die Themen von Politikfeldern sein. Sind es aber Politikfelder, können diese Teiltex-te weiter mit computergestützten Inhaltsanalyseverfahren ausgewertet werden. So lassen sich mit Programmen wie *Wordfish* (Slapin und Proksch 2008) politikfeldspezifische Polycyskalen gewinnen (vgl. Seher und Pappi 2011). Vielleicht geben Parteien in ihren Wahlprogrammen ihre politikfeldspezifischen Policyvorstellungen eher preis als ihre Politikfeldinteressen.

## 6. Referenzen

- Bäck, Hanna, Marc Debus und Patrick Dumont. 2011. 'Who gets what in coalition governments? Predictors of portfolio allocation in parliamentary democracies', *European Journal of Political Research* 50: 441-478.
- Baumgartner, Frank R., Bryan D. Jones und John Wilkerson. 2011. 'Comparative studies of policy dynamics', *Comparative Political Studies* 44: 947-972.
- Benoit, Kenneth und Michael Laver. 2006. *Party Policy in Modern Democracies*. Abingdon: Routledge.
- Braüninger, Thomas und Marc Debus. 2012. *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Browne, Eric C. und Mark N. Franklin. 1973. 'Aspects of coalition payoffs in European parliamentary democracies', *The American Political Science Review* 67: 453-469.
- Budge, Ian. 2001. 'Validating party policy placements', *British Journal of Political Science* 31: 210-223.
- Budge, Ian und Hans Keman. 1990. *Parties and Democracy. Coalition Formation and Government Functioning in Twenty States*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara und Eric Tanenbaum. 2001. *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*. Oxford: Oxford University Press.
- Budge, Ian, David Robertson und Derek J. Hearl. 1987. *Ideology, Strategy and Party Change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Carroll, Royce und Gary W. Cox. 2007. 'The logic of Gamson's Law: Pre-election coalitions and portfolio allocations', *American Journal of Political Science* 51: 300-313.
- Diekmann, Andreas. 2004. *Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Druckman, James N. und Paul V. Warwick. 2005. 'The missing piece: Measuring portfolio salience in Western European parliamentary democracies', *European Journal of Political Research* 44: 17-42.
- Gamson, William A. 1961. 'A theory of coalition formation', *American Sociological Review* 26: 373-382.
- Hildebrandt, Achim und Frieder Wolf, (Hrsg.) 2008. *Die Politik der Bundesländer. Staatstätigkeit im Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klingemann, Hans-Dieter, Richard I. Hofferbert und Ian Budge. 1994. *Parties, Policies and Democracy*. Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press.
- Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Volkens, Judith Bara, Ian Budge und Michael McDonald. 2006. *Mapping Policy Preferences II. Estimates for Parties, Electors, and Governments in Eastern Europe, European Union and OECD 1990-2003*. New York: Oxford Press.
- König, Thomas, Bernd Luig, Sven-Oliver Proksch und Jonathan B. Slapin. 2010. "Measuring policy positions of veto players in parliamentary democracies." In: *Reform Processes and Policy Change. Veto Players and Decision-Making in Modern Democracies*. Thomas König, George Tsebelis und Marc Debus (Hrsg.). New York: Springer. 69-95.
- Krippendorff, Klaus. 2004. *Content Analysis: An Introduction to Its Methodology*. Thousand Oaks, CA: Sage.
- Laver, Michael, Kenneth Benoit und John Garry. 2003. 'Extracting policy positions from political texts using words as data', *American Political Science Review* 97: 311-331.
- Linhart, Eric, Franz U. Pappi und Ralf Schmitt. 2008. 'Die proportionale Ministeriumsaufteilung in deutschen Koalitionsregierungen: Akzeptierte Norm oder das Ausnutzen strategischer Vorteile?', *PVS Politische Vierteljahresschrift* 49: 1-22.
- Linhart, Eric und Susumu Shikano. 2009. 'Ideological signals of German parties in multi-dimensional space: An estimation of party preferences using the CMP data', *German Politics* 18: 301-322.
- Linhart, Eric und Jana Windwehr. 2012. 'Die Bedeutung bestimmter Ministerien, Geschäftsbereiche und Politikfelder für die Parteien in den deutschen Bundesländern', *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 43: 579-597.
- Lowe, Will. 2008. 'Understanding wordscores', *Political Analysis* 16: 356-371.
- Lowe, Will, Kenneth Benoit, Slava Mikhaylov und Michael Laver. 2011. 'Scaling policy preferences from coded political texts', *Legislative Studies Quarterly* 36: 123-155.
- Namenwirth, J. Zvi und Robert Philip Weber. 1987. *Dynamics of Culture*. Boston: Allen and Unwin.

- Pappi, Franz Urban, Ralf Schmitt und Eric Linhart. 2008. 'Die Ministeriumsverteilung in den deutschen Landesregierungen seit dem Zweiten Weltkrieg', *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 39: 323-342.
- Pappi, Franz Urban, Michael Frank Stoffel und Nicole Michaela Seher. 2009. 'Regierungsbildungen im fragmentierten deutschen Parteiensystem', *MZES Arbeitspapiere* Nr. 129.
- Robertson, David. 1976. *A Theory of Party Competition*. London und New York: Wiley.
- Seher, Nicole Michaela und Franz Urban Pappi. 2011. 'Politikfeldspezifische Positionen der Landesverbände der deutschen Parteien', *MZES Arbeitspapiere* Nr. 139.
- Shikano, Susumu und Sjard Seibert. 2011. "Estimating weighting parameters of policy and office motivation in coalition formation process using German federal-state data." Presented at the ECPR general conference, Reykjavik, Iceland.
- Slapin, Jonathan B. und Sven-Oliver Proksch. 2008. 'A scaling model for estimating time-series party positions from texts', *American Journal of Political Science* 52: 705-722.
- Tsebelis, George. 2002. *Veto Players: How Political Institutions Work*. New York und Princeton: Russel Sage Foundation.
- Volkens, Andrea. 2002. "Manifesto research: past, present, and future." In: *Bürger und Demokratie in Ost und West (Festschrift für Hans-Dieter Klingemann)*. Dieter Fuchs, Edeltraud Roller und Bernhard Weißels (Hrsg.). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. 462-477.
- Warwick, Paul V. und James N. Druckman. 2006. 'The portfolio allocation paradox: An investigation into the nature of a very strong but puzzling relationship', *European Journal of Political Research* 45: 635-665.